



Der 8. Mai Gedenktag für die Befreiung

Koalitionsfraktionen legen dem Thüringer Landtag einen Gesetzentwurf vor

Einen Gesetzentwurf zur Einführung eines Gedenktages für die Befreiung vom Nationalsozialismus am 8. Mai legen jetzt die Koalitionsfraktionen dem Landtag vor. Bislang fehlt eine angemessene Würdigung der Befreiung vom Nationalsozialismus und des damit verbundenen Endes des zweiten Weltkriegs. Daher soll der 8. Mai künftig als regulärer Gedenktag begangen und zu diesem Zweck in das Thüringer Feiertagsgesetz aufgenommen werden. In der Begründung des Gesetzentwurfes heißt es:

Am 8. Mai 1945 kapitulierte das faschistische Deutschland endgültig und bedingungslos. Damit endete das furchtbarste Schlachten auf europäischem Boden. Ausgelöst hatte diesen 2. Weltkrieg Deutschland mit dem Überfall auf seine Nachbarn, gefolgt von barbarischem Terror gegen die Zivilbevölkerung praktisch aller besetzten Länder. Für unsere europäischen Nachbarn war und ist der 8. Mai daher ein Tag der Freude und des Feierns, aber auch der Besinnung und des Gedenkens an die Millionen Opfer deutscher Weltherrschaftspläne. Für viele Deutsche hingegen war der 8. Mai der Tag der Niederlage, der Katastrophe und der Beginn der Besatzung durch die Truppen der Siegermächte. Aber es gab auch die hunderttausenden in Konzentrationslagern eingepferchten und gequälten Systemgegner, Homosexuellen, Jüdinnen und Juden, Sinti

und Roma, Menschen mit Behinderung und die in Anstalten als unwert Selektierten und Verstümmelten.

Für sie bedeutete der 8. Mai 1945 das Ende ihrer unmenschlichen Leiden, der Bedrohung mit dem Tode, des industriellen Massenmordes, der Vernichtung durch Arbeit. Diesen Menschen vor allem, ihren ermordeten Leidensgenossen, aber auch den Kriegstoten widmete der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker seine historische Gedenkrede anlässlich des 40. Jahrestages des Endes des 2. Weltkrieges am 8. Mai 1985 vor dem Deutschen Bundestag als er von einem „Tag der Befreiung“ auch für die Deutschen sprach.

Wörtlich sagte er: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim

der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg. Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, das es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit. Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.“

Angesichts der auch vom ehemaligen Bundespräsidenten von Weizsäcker herausgestellten hohen Bedeutung des 8. Mai für die Auseinandersetzung mit der deutschen Verantwortung für Krieg, Völkermord, Versklavung und Massenvernichtung einerseits sowie der daraus erwachsenen Verantwortung für eine friedliche Entwicklung in Europa verbunden mit der Garantie für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde andererseits, erscheint es geboten, diesem besonderen Tag auch eine besondere Bedeutung in der Erinnerungskultur des Landes Thüringen einzuräumen und ihn als Gedenktag gesetzlich zu verankern.

Ein solcher Schritt unterstreicht den Willen der staatlichen Institutionen, sich der Lehren aus der deutschen Geschichte anzunehmen, diese an künftige Generationen weiterzugeben und konsequent für Grundrechte, Frieden und Demokratie einzustehen. Der Gedenktag wäre ein klares Signal gegen jedwede Relativierung der NS-Herrschaft oder der Kriegsschuld, ein Bekenntnis, neonazistischen und rassistischen Bestrebungen kompromisslos entgegenzutreten. ■

KOMMENTIERT:

von Katharina König

Antisemitismus

70 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus sind antisemitische Denkmuster und Anfeindungen gegen Menschen jüdischen Glaubens nach wie vor auch in Thüringen ein Problem.

Die Linksfraktion erkundigt sich quartalsweise mit Kleinen Anfragen bei der Landesregierung über antisemitische Übergriffe; Ende März ging die Antwort für das vergangene Jahr ein. 2014 registrierte die Thüringer Polizei 87 Straftaten, die zunächst als antisemitisch eingestuft wurden. Verglichen mit dem Jahr 2013 (44) ist das fast eine Verdopplung. Bei den Straftaten handelt es sich um Volksverhetzungen, Sachbeschädigungen oder Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, aber auch um Bedrohungen und Beleidigungen. Anders als in den Statistiken 2012 und 2013 wurden 2014 auch versuchte und durchgeführte Übergriffe auf Menschen in Thüringen registriert, weil diese jüdischen Glaubens sind oder für Juden gehalten wurden. Nach Angaben der Landesregierung waren zehn Menschen betroffen, davon wurden vier Personen in Gotha und Saalfeld verletzt. Über Verurteilungen bei Gerichten und Verfahren bei den Staatsanwaltschaften liegen keine umfangreichen Statistiken vor, allerdings werden 37 Verfahren bei den Staatsanwaltschaften Erfurt, Gera, Meiningen und Mühlhausen benannt.

Wenn laut Thüringen-Monitor auch heute noch neun Prozent der Thüringerinnen und Thüringer die Meinung vertreten, dass Juden 'nicht so recht zu uns passen' und 32 Prozent der Aussage zustimmen, dass Juden gegenwärtig Vorteile daraus ziehen würden, dass sie in der Nazi-Zeit Opfer waren, und sich in Thüringen alle vier Tage eine Straftat ereignet, die von der Polizei als antisemitisch klassifiziert wird, dann ist das mehr als besorgniserregend. Antisemitismus stellt auch 70 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus ein Problem in unserer Gesellschaft dar und ist breiter zu begreifen als nur im Zusammenhang mit der Shoah. Antisemitische Stereotype und Vorurteile bestehen in den unterschiedlichsten Formen und politischen Spektren. Unser Anspruch muss es sein, diese Stereotype zurückzuweisen, einzuschreiten und für eine Gesellschaft einzustehen, die sich klar gegen Antisemitismus positioniert. ■

AKTUELL

Rot-Rot-Grün steht für solide Finanzen

Der Innen- und Kommunalausschuss des Thüringer Landtags hatte am 16. April zu einer öffentlichen Anhörung zum von den Koalitionsfraktionen eingebrachten „Ersten Gesetz zur Änderung des Thüringer Kommunalhaushaltssicherungsprogrammes“ eingeladen. Aufgrund des zu erwartenden großen Interesses war die Sitzung in den Plenarsaal verlegt worden. Zuvor hatten die kommunalen Spitzenverbände informiert, dass etwa 100 Bürgermeister und Ortsvorsteher zur Anhörung erwartet würden. Vom Landkreistag waren bis zu 30 Teilnehmer vor Ort. Vertreter der kommunalen Spitzenverbände bekamen die Gelegenheit, ihre Anliegen hinsichtlich der auskömmlichen finanziellen Ausstattung von Kommunen vorzutragen.

„Die Anhörung hat deutlich gemacht, welchen Berg von kommunalen Problemen 25 Jahre CDU-Herrschaft in Thüringen hinterlassen hat. Die Forderungen der Thüringer Kommunen nach einer angemessenen Finanzausstattung sind insofern nachvollziehbar. Die CDU-Hinterlassenschaften müssen wir jetzt Stück für Stück abarbeiten. Dies ist nicht innerhalb weniger Wochen leistbar“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionschefin der LINKEN im Landtag und Parteivorsitzende in Thüringen, im Anschluss an die Sitzung.

Die Anzuhörenden hätten deutlich gemacht, dass das Auflegen des Hilfspakets und des kürzlich festgelegten Nachschlags in Höhe von 24,4 Millionen Euro „ein richtiger Schritt hin zu auskömmlicher Kommunalfinanzierung“ ist. Beide kommunalen Spitzen-

verbände bewerteten zudem die jetzt bestehende Option, die Investitionspauschalen auch für laufende Ausgaben einsetzen zu können, als „einen wichtigen Beitrag zur Abschwächung finanzieller Notlagen“.

Die heftige Kritik der CDU am Kommunalpaket 2015 sei wenig überzeugend. „Anderenfalls hätte die größte Oppositionspartei ihre eigenen Vorstellungen als Änderungsanträge in der Anhörung zur Diskussion stellen müssen“, so die LINKE-Politikerin.

„Mit dem jetzt vorliegenden Gesetz von Rot-Rot-Grün schaffen wir mit den zusätzlichen 102,4 Millionen Euro für die Kommunen einen akzeptablen Übergang, bevor der Kommunale Finanzausgleich ab 2016 grundsätzlich neu strukturiert wird“, betonte Susanne Hennig-Wellsow. ■